Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

10 Goldpfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Mittwoch, 22. Oktober 1924.

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntag bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

22. 10. m Nr. 498 10 Goldpfennig
63. Jahrgang.

Demokratendämmerung.

Als der Bauernführer Dr. Böhme der Demokratischen Partei den Rücken kehrte, bezeichnete das das demokratische Presse als den Austritt eines Mannes, der innerlich nie recht bei der Demokratischen Partei gewesen wäre und nur dorthin zurückkehre, wohin er eigentlich seit jeher gehört habe. Das Sammelsignal dieses Austritts Dr. Böhmes und seines Anhanges sieht die Mehrheit der demokratischen Reichstagsfraktion in ihrer Verblendung unbeachtet.

Jetzt aber wird gemeldet, daß von den bei der Entschließung über die Regierungsbildung in der Minderheit geblebenen Mitgliedern der demokratischen Fraktion die Reichstagsabgeordneten Schiffer, Keinath und Gerland sowie die preußischen Landtagsabgeordneten Dominicus und Grund und der Demokratischen Partei ausgeschieden sind. Die bayerischen Abgeordneten Dr. Geßler und Sparrer, die gleichfalls zur Minderheit gehören, wollen ihre Entscheidung erst treffen, nachdem sie mit ihren heimatlichen Organisationen Fühlung genommen haben.

Der ehemalige Vizekanzler Dr. Schiffer, der neben seiner Partei mehrfach als Justiz- und Finanzminister vorgeschlagen wurde, ist als Politiker und juristische Kapazität zuletzt noch aus seiner Arbeit für Oberschlesien zu bekannt, als daß es nötig wäre, die Bedeutung seines Austritts näher zu kennzeichnen. Der bisherige demokratische Abgeordnete Keinath ist Individualgleed des Zentralverbandes des deutschen Handwerks, Mitglied des Verwaltungsrats der deutschen Rentenbank sowie zahlreicher wirtschaftspolitischer Körperschaften. Ein nicht minder schwerer Verlust für die Demokratische Partei ist das Ausscheiden des Professors der Rechtswissenschaften an der Universität Jena, Gerland. Dominicus, der ehemalige preußische Innenminister und Oberbürgermeister von Schöneberg, und Grund, Handelskammerpräsident in Breslau, waren gleichfalls bekannte und geachtete Namen innerhalb der Demokratischen Partei. Damit dürfte indessen die Zahl der Austritte noch längst nicht erschöpft sein, insbesondere ist anzunehmen, daß Reichswehrminister Geßler, der inzwischen mit der Reichswehr mehr verwachsen sein dürfte, als mit seiner Partei, und der dazu berufen und willens war, in einem nach rechts erweiterten Kabinett zu verbleiben, die Konsequenzen aus der Haltung der demokratischen Reichstagsfraktion ziehen wird.

Der Massenaustritt dieser Prominenten ist von geradezu verhängnisvoller Wucht und besiegelt das Schicksal der von Kleingeistern und Nörglern wie Koch und Erkelenz glücklich in den Sumpf geführten Partei.

Zum Echo, das die demokratische Politik in der demokratischen Presse des Reiches findet, ist gleichfalls ein vernichtendes Urteil. Es muß sich eben, daß sich die demokratische Fraktion von einer unglücklich demokratischen Berliner Presse hat leiten lassen, die nichts anderes ist als eine Zutreiberin für die Sozialdemokratie.

Die Demokratische Partei empfängt nun endlich die Quittung für ihre von allen guten Geistern verlassene, jeden staatspolitischen Verantwortungsgefühls bare und im Schlepptau der Sozialdemokratie segelnde Politik. Statt die politische Mitarbeit der Partei in der bestehenden nationalen Partei gesammelten wirtschaftlichen und sozialen Kräfte freudig zu fördern, haben die Demokraten durch die schroffe Ablehnung der Zusammenarbeit mit der Deutschnationalen des Reichstages nicht nur den Grundsätzen des Parlamentarismus ins Gesicht geschlagen, sondern sich auf den Boden jenes volksfeindlichen Klassenkampfes begeben, den die Sozialdemokratie auch für diesen Wahlkampf erneut und unzweideutig proklamiert hat. Darüber hinaus haben die Demokraten auch dem nationalen Gedanken, dem sie hätten dienen wollen, einen sehr schlechten Dienst erwiesen, denn wenn sie es deklagt haben, daß früher die Sozialdemokratie in erbitterte Staatsfeindschaft gedrängt worden sei, so beweisen sie heute denselben Fehler in viel schwerwiegenderer Form einer Partei gegenüber, die ihrer sozialen Struktur und den in ihr lebendigen Kräften entsprechend mehr in ganz anderer Weise zur politischen Mitarbeit berufen, aus außenpolitischen Gründen für sie geradezu unentbehrlich ist, als es bei der Sozialdemokratie jemals der Fall war, die sich gegenwärtig selbst ausschließt. Schon der Wahlaufruf der Partei, die gestrige Erklärung der Deutschen Volkspartei setzt, daß sachliche Gründe für die Haltung der demokratischen Fraktion nicht bestanden haben, sondern daß parlamentarische Kurzsichtigkeit, Parteidoktrinarismus sowie Einflüsse linksradikaler und internationaler Kräfte in ihr eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben.

Es ist an dieser Stelle mehrfach ausgeführt worden, daß die unter ganz anderen Existenzbedingungen entstandenen deutschen politischen Parteien sich im Zustande der inneren Verfestigung befinden. Daß die Demokratische Partei aber zum Beginn eines für sie sehr schweren Wahlkampfes sich so rasch entblättert, wird doch einigermaßen überraschen und insbesondere wohl auf jene Don Quichotte einer gründlich mißverstandenen Demokratie, die heute für die Demokratische Partei verantwortlich zeichnen. Vielleicht jetzt man sich jetzt auch in ihr die Frage vor, ob es gut war, so unbesonnen zu der ebenso überflüssigen wie schädlichen Auflösung des Reichstages zu treiben. B. R.

★

Einem unserer Mitarbeiter gegenüber äußerte sich Geheimrat Schiffer auf die Frage nach dem Grunde seines und seiner politischen Gesinnungsgenossen Ausscheidens aus der Demokratischen Partei folgendermaßen:

„Die Ursache ist die allgemeine Lage, innerhalb der Partei und besonders der Fraktion. Es ergaben sich zuletzt sehr starke Differenzen zwischen unserer Auffassung und der Haltung unserer Fraktion. Ein Zusammenarbeiten schien nicht mehr möglich. Die Einstellung unserer Fraktion zu einer Aufnahme der Deutschnationalen in die Reichsregierung war nur eine äußere Kennzeichnung des Risses innerhalb der Fraktion. Im Interesse der politischen Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit, die nicht immer leidet, könnte ich nur die Konsequenz des Ausscheidens aus der demokratischen Partei ziehen."

gez. Scholz, Zapf, Curtius.

Aufruf der Reichsregierung.

Ein Verlegenheitsprodukt.

Nach kurzer Zeit steht das deutsche Volk wiederum vor der Aufgabe, einen neuen Reichstag zu wählen. Im alten Reichstag hatte die Regierung keine feste, arbeitsfähige Mehrheit. Die mannigfaltigen ernstesten Bemühungen, eine solche zu schaffen, führten nicht zum Ziel. Letzten Endes scheiterten sie deshalb, weil die noch unter den Nachwirkungen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gezeugte Wahl vom 4. Mai die radikalen Elemente allzusehr gestärkt und dadurch eine aufbauende Arbeit der übrigen Parteien außerordentlich erschwert hatte. Das Wohl des deutschen Volkes fordert, daß dieser Mangel durch die Neuwahlen beseitigt wird.

Nachdem der Londoner Pakt angenommen und seine Durchführung bereits eingeleitet ist, muß die unter schweren Opfern, aber mit sichtbarem Erfolge geführte Politik der Regierung folgerichtig fortgesetzt und für die Zukunft gesichert werden. Auch der wirtschaftliche Wiederaufbau hat eine ruhige Fortentwicklung der deutschen Politik nach außen und im Innern zur Voraussetzung. Sie ist aber nur dann gesichert, wenn sich alle am Wiederaufbau beteiligten Parteien einschließen auf den Boden der Verfassung stellen und diese gegen jeglichen ungesetzlichen Angriff, gleich von welcher Seite er kommen mag, verteidigen.

Im neuen Reichstag müssen die einigenden Kräfte stärker sein als die entgegenwirkenden. Die radikalen Elemente sollten durch die Neuwahl ausgeschaltet werden. Ist es nicht eine Schande, daß der Deutsche Reichstag mit politischer Hilfe tagen muß, mit sich extreme von rechts und links die Hand reichen, um seine Arbeit zu sabotieren? Soll das deutsche Volk im Innern weiter gelähmt und soll nach außen die neugewonnene Geltung erhalten und vermehrt werden, so muß die Regierung sich auf eine feste Mehrheit stützen können. Auch die Parteizersplitterung der Parteien muß sich dem entgegen. Es haben nicht, wie am 4. Mai, nahezu eine Million Stimmen vergeblich abgegeben werden.

Nicht in der Zersplitterung liegt das Heil, sondern im Streben zum Ganzen und zur Einheit. Wege sich das deutsche Volk von diesen Gesichtspunkten leiten lassen, wenn es bei der kommenden Wahl über seine Zukunft entscheidet.

Die Reichsregierung.

Kundgebung der Volkspartei.

Die Verhandlungsführer der Deutschen Volkspartei im Reichstage geben zur Auflösung des Reichstages folgende Erklärung ab:

Seit dem Zusammenbruch der sogenannten großen Koalition und der Ablehnung der Notgesetzgebung ist die Bildung einer tragfähigen Mehrheitsregierung aus den staatsbejahenden bürgerlichen Parteien für die Fortführung nationaler Außenpolitik, sozialen Kampfbeilegung und wirtschaftlicher Gesundung und zur Vermeidung dauernder Regierungskrisen das Kernproblem des Reichstages.

Die Deutsche Volkspartei kämpft für dieses Ziel seit Jahresfrist und hat alle Mittel dafür eingesetzt. Sie hat in diesem Kampfe immer weitere Kreise zu ihrer Auffassung gebracht und immer mehr Bundesgenossen gewonnen. Auch den Mainwahlen, in gesamtpartei außenpolitischer Lage, haben die Fraktionen des Zentrums und der Deutsch-Demokratischen Partei die Zweckmäßigkeit einer Regierungsbildung mit der Deutschnationalen Volkspartei grundsätzlich anerkannt. In der jetzigen Krisis hat sich die überwältigende Mehrheit der Zentrumsfraktion erneut für die Zuziehung der Deutschnationalen Volkspartei ausgesprochen. Das Reichskabinett einschließlich der demokratischen Minister ist in niederlegen Beschlüssen für die Erweiterung der Koalition nach rechts eingetreten. Die Deutschnationale Volkspartei hat ihrerseits die Bereitschaft hierfür, wenn auch spät, erklärt.

Leider hat sich die Deutsch-demokratische Fraktion der Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien verlegt. Die außenpolitischen Gründe, die vorgeschoben werden, lassen auf eine Täuschung des Auslandes hinaus und bringen die Gefahr dauernder Entwicklungen mehr. Die innerpolitischen Gründe, die nach Ansicht unsrer außenpolitischen Notwendigkeiten, die der Reichskanzlerminister Dr. Stresemann vor dem Lande festgestellt hat: Die Mißbewertung der Haltung der Zentrumsfraktion, die der Deutsch-nationale Volkspartei, die Bindung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kräfte eine Garantie für die im europäischen Interesse erforderliche Tätigkeit deutscher Außenpolitik. Innenpolitisch ist die Ablehnung der Deutschnationalen Volkspartei Ausfluß des Klassenkampfgedankens und Folge eines mißverstandenen Verfassungsgedankens.

Alle diejenigen, denen der Staat als solcher immer noch gesäubert erscheint dürfen die Gewinnung der deutschnationalen Kräfte für diese Staatspolitik nicht ablehnen.

Die Forderung der deutsch-demokratischen Fraktion nach Fortführung der bisherigen Mindestzusammensetzung der Vogel-Letsch-Partei. Kein Mitglied des Reichstages glaubte im Ernst an ihren Bestehensfrist. Mit Recht hat der Reichskanzler Marx in entschiedenen Augenblicken festgestellt, daß sein Kabinett

keine vierzehn Tage Lebensfähigkeit

besitze, daß es möglicherweise in den ersten Tagen des Wiederzusammentritts des Reichstages gestürzt werde. Die Reichsregierung hat deshalb auch in wiederholten Kundgebungen die Notwendigkeit einer Erweiterung betont.

Sachliche Gründe für die Haltung der deutschdemokratischen Fraktion waren bisherach nicht gegeben. Parlamentarische Kurzsichtigkeit, Parteidoktrinarismus, sowie Einflüsse linksradikaler und internationaler Kräfte haben in ihr eine verhängnisvolle Rolle gespielt.

Diese Kräfte, die letzten Endes die Reichstagsauflösung verschuldet haben, gilt es, im Wahlkampfe besiegte zu schieben, um das unverrückbare festbestehende Ziel der Deutschen Volkspartei, innere Festigung zur Fortführung bewährter Außenpolitik im kommenden Reichstage, zu erreichen.

gez. Scholz, Zapf, Curtius.

Beginn der deutsch-schweizerischen Verhandlungen.

Ziel: Abbau der Einfuhrbeschränkungen.

W. T. B. meldet unterm 21. Oktober:

Die seit längerer Zeit in Aussicht genommenen deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen, die hauptsächlich dem Abbau der beiderseitigen Einfuhrbeschränkungen dienen sollen, haben heute in Berlin mit einer Eröffnungssitzung begonnen.

Die Schweizerische Delegation steht unter Führung des hiesigen schweizerischen Gesandten Dr. Rüfenacht und des Chefs der Handelsabteilung des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements, Dr. Wetter. Außerdem nehmen an den Verhandlungen folgende Sachverständige als Delegierte teil: die Nationalräte Dr. König und Schirmer, der Sekretär des schweizerischen Handels- und Industrievereins, Dr. Bindschedler, Fabrikdirektor Hängli-Zwaffhausen, Oberst Wuggli, Oberpolizeipräsident Comte, der Handelsattaché der Berliner schweizerischen Gesandtschaft Dr. Gsell und Dr. Feer als Sekretär der Delegation.

Die Leitung der deutschen Abordnung hat der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Dr. Köpke übernommen. Der deutsche Gesandte in Bern Dr. Adolf Müller nimmt an den Verhandlungen teil. Das Reichswirtschaftsministerium wird von Ministerialdirektor Posse vertreten. Von seiten der beteiligten Ländervertretungen sind zu den Verhandlungen entsandt worden: Geh. Regierungsrat Dr. Fellinger als Vertreter Preußens, Staatsrat Dr. Rohmer als Vertreter Bayerns, Bevollmächtigter zum Reichsrat Graf v. Holzgerlingen als Vertreter Sachsens, Präsident Dr. Lindh als Vertreter Württembergs, Ministerialrat Dr. Recht als Vertreter Badens.

Die Verhandlungen haben vor allem eine Wiederbelebung der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen, die im Kriege und in der Nachkriegszeit starken Einschränkungen unterworfen waren, zum Ziel.

d. Basel, 21. 10. (Eigenbericht).

Zu den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen hat sich Chinesen noch einer Gruppe der Landwirtschaft, sowie den Bankdirektor Comte der schweizerischen Zollverwaltung nach Berlin entsandt, falls infolge der Anwesenheit ihrer Vertreter auch gemeinschaftliche Besprechungen zur Sprache kommen sollten. Der Vertreter der Landwirtschaft wurde ernannt, weil auch die deutsche Regierung einen Vertreter der Landwirtschaft zu Wort kommen läßt.

Bern, 21. 10. (W. T. B.) Der Bundesrat hat die Delegation, die zurzeit in Berlin mit einer deutschen Delegation über eine Vereinbarung, betreffend die Handhabung der Einfuhrbestimmungen, verhandelt, ermächtigt, ein Handelsabkommen mit Lettland auf der Grundlage der Meistbegünstigung zu unterschreiben.

Rückkehr des chinesischen Gesandten nach Berlin.

Der chinesische Gesandte für Deutschland, Sunghua Wei ist am 21. Oktober nachmittags mit seiner Gemahlin aus Paris in Berlin eingetroffen, nachdem er einen mehrmonatigen Urlaub in seiner Heimat China verbracht hatte.

★

Wie wir der in Schanghai erscheinenden „Weekly Review" entnehmen, hat sich der Gesandte einen Monat in Peking aufgehalten, um mit der chinesischen Regierung die Stellung der von der Regierung unterstützten Studenten in Deutschland, Belgien und Frankreich zu besprechen. Als Ergebnis dieser Verhandlungen hat die chinesische Regierung die Unterstützungsgelder für Studierende in diesen Ländern wegen der dort herrschenden Teuerung auf je 25 Pfund heraufgesetzt.

Bauernbund und Demokratische Partei.

In dem Schreiben an die demokratische Reichstagsfraktion, in dem der Geschäftsführer des Deutschen Bauernbundes, Dr. Böhme, und der Vorsitzende ihren Uebertritt zur Deutschen Volkspartei begründen, heißt es:

Für den Landvolkwähler wird die Ablehnung einer zeitweiseen Regierungsbildung aus den nichtsozialistischen Parteien um so weniger verstanden. So wird der Eindruck verstärkt, daß die Deutsche Demokratische Partei sowohl ihrer großbäuerlichen Presse wie der Sozialdemokratie gegenüber nicht bestanden hat. Wie von Nichtsozialisten bestätigt, das eine landwirtschaftliche Organisation veranlassen könnte, den überwiegenden Teil ihrer Zähler dieser Partei zu belassen. Zu viel wertvolle Vertrauensleute des Wirtschaftslebens und wirtlerer Richtung sind ihr verlorengegangen, weiteres von hervorragendem Einfluß zu anderer Auffassung gelangt, die ursprünglich von ihnen vertreten waren, als daß es den Verbleibenden möglich sein könnte, sich fortgesetzt durchzusetzen. Unter keinen Umständen wird die einbeutige und bedingungslose Ablehnung erzielen sein, die der Bauernbund im Interesse seiner Organisation verlangen muß.

Die Führer des Bauernbundes haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß ihre Mitarbeit abhängig ist von der Richtung und Politik, die die Partei einschlägt, und daß sie die Bestrebungen des Bauernbundes zur Partei reinmals als ein einseitiges Bauernschutzinteresse gegenüber der Partei angesehen habe.

Die Favoriten des Auslandes.

sl. Paris, 21. 10. (Eigenbericht.)

Zu den deutschen Verhältnissen gewidmeten Leitungsartikel begrüßen die Auflösung des Reichstages wärmstens, und die deutsche Sozialdemokrate sind besonders die Demokraten werden sehr gefeiert. Ein besonderes Lob fällt für Dr. Wirth ab. Während die Linksfreise erwartet, daß die deutschen Wahlen erkennen lassen werden, ob das deutsche Volk den Unterschied zwischen Poincaré und Herriot würdige, lobt die nationalistische Presse jene deutschen Parteien, die die Ergebnisse von 1918 anerkennen würden.

Nur Teilräumung in Mannheim und Karlsruhe.

Wie stellt sich die Reichsregierung dazu?

1. Mannheim, 21. 10. (Eigenbericht.)

Ein französisches Kommando, das aus einem Leutnant und 25 Mann besteht, ist im Mannheimer Hafengebiet zurückgeblieben. Das Kommando soll angeblich die Aufgabe haben, die entsandenen Schiffe auf Waffen zu untersuchen, etenso wie das aus einem Leutnant und 15 Mann bestehende Kommando im Karlsruher Hafengebiet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein solches französisches Kommando im unbesetzten Deutschland dem Friedensdiktat wie auch dem Londoner Abkommen widerspricht. Die Mannheimer Bevölkerung erwartet daher von der deutschen Regierung, daß sie sofort alle Mittel in Bewegung setzt, damit die Räumung Mannheims unverzüglich restlos durchgeführt werde.

Wieder deutsche Zollkontrolle.

m. **Mannheim**, 21. 10. (Eigenbericht.)

Die deutsche Zollkontrolle hat heute in den Rheinhäfen von Mannheim wieder ihren Dienst aufgenommen. Damit tritt wieder in Zollbetriebe der normale Zustand ein, nachdem in den letzten Monaten die Zollkontrolle der rheinaufwärts und abwärts fahrenden Schiffe in Mainz überhaupt nicht mehr und im Mannheimer Rheinhafen nur noch von den Franzosen ausgeübt wurde bezw. ausgeübt werden konnte.

Teileinstellung der Pfänderausbeutung.

Mainz, 21. 10. (Mtb.) Wie der Sonderkorrespondent des „Echo du Rhin" aus Düsseldorf berichtet, hat der Oberkommandierende der Besatzung in Ausführung des Art. I Anhang 3 des Londoner Abkommens eine Verordnung erlassen, wonach von 26. Oktober Mitternacht an alle alliierten Dienststellen, die seit dem 11. Januar 1923 für die Ausbeutung der Pfänder im besetzten Ruhgebiet und im Gebiet des Brückenkopfes Düsseldorf geschaffen wurden, ihre Tätigkeit einstellen. Mit dem gleichen Datum sollen auch, derselben Verordnung alle Gruben, Bodenseiten und anderen industriellen, land- und forstwirtschaftlichen und Schiffahrtsunternehmen, die sein dem 1. November 1923 von der Regie ausgebeutet oder vorläufig durch die Besatzung geschätzten wurden, ihren Eigentümern wieder zurückgegeben werden.

Die Holzkäufe im Rheinland.

Mainz, 21. 10. (Mtb.) Wie das „Echo du Rhin" aus Koblenz mitteilt, ist gestern zwischen den beteiligten und alliierten technischen Abordnungen, die über die Ausführung des Londoner Protokolls verhandelten, ein Generalabkommen beschlossen worden. Die Frage der von den Forstkommissionen abgeschlossenen Kaufverträge ist derart geregelt worden, daß die Rechte der Käufer gewahrt werden. Andererseits sind zugunsten des ausländischen Handels besondere Bestimmungen beschlossen worden, um die mit dem Wechsel der Verwaltung und der Aenderung der Tarife verbundenen Störungen zu mildern. Gemischte deutsch-alliierte Schiedsgerichtskommissionen werden die Ausführung der beschlossenen Uebergangsmaßnahmen übernehmen.

Mac Donald über Rußland und Deutschland.

London, 21. 10. (W. T. B.) Mac Donald sagte in seiner gestrigen Wahlrede in Leicester, er glaube nicht an die russische Regierung und habe niemals an sie geglaubt. England habe jedoch Rußland anerkennen müssen, weil man es nicht aus Europa herausschließen könne. Die Arbeiterregierung wolle die russischen Märkte für die britische Arbeit öffnen, um von den Konkurrenten dort zu sein.

In einer anderen Wahlrede in Worksop bekräftigte sich Mac Donald mit der Frage der Reparationszahlungen. Er sagte, er habe niemals dieser Reparationsplan als wirtschaftlich zweckmäßig angesehen. Er stehe der Ansicht gewesen, daß er schlecht für die englische Industrie sei und daß er schließlich den englischen Handel zerstört in Deutschland und Europa, was dadurch englische Volk leiden müsse, bis wieder normaler Handel eintritt.

Die Kämpfe in China.

London, 21. 10. (W. T. B.) Wie Reuter aus Peking meldet, haben sich die Truppen Chang Tso-lins im Abschnitt von Schanhaikwan zehn englische Meilen zurückgezogen. Wu Pei-fu habe Befehl zum allgemeinen Vormarsch gegeben.

„Times" berichtet aus Honolulu, daß Sun Yat-sen die Verfassung der Führer der Freiwilligenverbände angenommen habe. Zwei der einflußreichsten Führer sind in Kanton hingerichtet worden. Die Geschäfte im größten Teile von Kanton ruhen. Eine Reihe von Personen hat infolge der erlittenen Verluste Selbstmord begangen.

„Shenandoah" in Sturm und Nebel.

e. **New York**, 21. 10. (Eigenbericht.)

Hier herrscht große Besorgnis um das Luftschiff „Shenandoah", das zuletzt vor Sonnenuntergang am Montag bei Golden Gate (San Francisco) gesehen wurde, als es in südlicher Richtung durch zunehmenden Nebel gegen heftige Winde ankämpfte.

Gegen 100 000 Beluger beschäftigten bisher das „Z. R. III" in Friedrichshafen. Ihre Zahl stieg im Flaus von der Ankunft des Luftschiffes in Amerika wird überall mit großer Begeisterung aufgenommen. Die Zuschauer sangen zum Schluß „Deutschland über alles" und bringen Hoffnung auf Kolumbus aus.

Am Dienstag flog ein Sikorski-Riesenflugzeug mit 14 Fahrgästen über Long Island.

Beim Artillerieschießen auf dem Kreuzer „Trenton" wurden fünf Matrosen getötet und 17 verwundet. Darüber herrscht in Washington große Erregung, weil das der zweite Unglücksfall dieser Art innerhalb von sechs Monaten ist.

Schulstreit im österreichischen Parlament.

Straßendemonstrationen der Lehrerschaft.

kbg. **Wien**, 21. 10. (Eigenbericht).

Die Eröffnungssitzung des Nationalrats stand im Banne der großen politischen Streitfrage um die Schule. Der Sitzungssaal und die Galerien waren bisher bessar. Schon vor Beginn der Sitzung demonstrierten vor dem Parlament die Lehrer aus ganz Oesterreich gegen ihre schlechte Besoldung und anfeuernde Sprüche zum Kanzler, um ihm ihre Wünsche vorzutragen. Zu Beginn der Sitzung hielt der Finanzminister unter absoluter Teilnahmslosigkeit der Abgeordneten eine programmatische Rede über das Budget für 1925. Die politische Tagesfrage, die Erklärungen des Bundeskanzlers Seipel, die Schulrechte sie nur zu Schattenberichten machen.

Regiert wurde nie von Massen, sondern immer nur von Männern. Parteien haben nur einen Sinn, wenn in ihnen die Kräfte schaffen zielbewußt führender Männer bewähren. Daran fehlt es heute nicht nur in Deutschland. Die Folge ist überall jene Parteiverwerrenheit und Verkehrung des Meinungsgegners, die das Leiden der uneingeschränkten Reflexität bei der Führerschaft ist.

Der deutsche Wähler hat ein Recht auf schonungslos offene Darstellung dieser Unzulänglichkeiten des parlamentarischen Systems. Denn er hat die Pflicht, aus dem heute nun einmal gegebenen, fehlerhaften Tatbestand das menschenmöglich Beste für das Vaterland herauszuholen zu helfen. Für ein Zuhausesein am Wahltag ist es keine Entschuldigung, daß man sich im Wirrwarr der Parteiprogramme nicht zurecht finde. Denn letzten Endes dreht es sich in Deutschland nur um ein Ziel: die Schaffung einer starken Regierungsautorität.

„Jede Regierung ist besser, als eine in sich zwiespältige und gelähmte", schrieb Bismarck 1862 an den damals opponierenden Kronprinzen Friedrich. Durch das Erfahrungsganzes Lebenswerk zieht sich, in Reden und Briefen vielfach abgewandelt, dieser Grundsatz. Man überschätzt vielleicht heute noch immer die Rechtsicherheit der Zustände, die Bismarck seinerzeit bei seinem Amtsantritt vorfand und die er überwand, mit den heutigen. Das gilt für Preußens gefährlich gebaute innere Lage nicht minder wie für die damalige Reichspolitik. Wenn Bismarck es in seinen „Denkwürdigkeiten und Erinnerungen" bermerkt, daß England in den Krimkrieg unter französischer Mitwirkung nach dem Ausdruck seines ausländischen Ministers „wie ein steuerloses Schiff hineingetrieben war", so weist er damit auf eben diese Hilflosigkeit des demokratisch-parlamentarischen Systems gegenüber entschlossener Kriegstreiberei hin, die man jetzt wieder erlebt hat, als England in den Weltkrieg „hineingeklopert" ist. Mit gutischer Offenheit hat Jswolsky dem Zaren in diese Stunde der heute vorherrschenden Regierungsform, wenn er am 8. September 1912, während er mit Poincaré den großen Einkreisungskrieg vorbereitet, nach Petersburg berichtet: „Die Entscheidung (wird) von den drei starken Persönlichkeiten, die an der Spitze des französischen Kabinetts stehen, getroffen werden: Poincaré, Millerand und Delcassé. Und es ist ein Glück für uns (nämlich die russische Kriegspartei), daß wir es gerade mit diesen Persönlichkeiten zu tun haben."

Nein, das parlamentarische System ist alles andere als ein Hort des Friedens. Im Gegenteil: seine Regierungsform ist gegenüber kriegerischen Umtrieben von Kriegsherren hilflosen, als gerade diese. Das muß der Völkern offen und eindringlich gesagt werden. Daß Demokratie und unbedingte Friedensliebe unlösbar zusammengehören, das ist überhaupt ein ganz unbeweisbarer Aberglaube, der erst neuerdings und ausschließlich dem deutschen Volke gepredigt wird. Pazifismus heißt in Deutschland nicht Friedensliebe, sondern abschreckende Wochenstubenerziehung — Anleitung der fremden Gewalt. Ganz finnigemäß führt dieser falsche Lähmungszustand auch zu einer völligen Verkennung jedes deutschen Lebensrechtes. Die schmarotzenden Mitzuschnitzern des Auslandes werden solchen Leuten zur Rechtfertigung für alles, was das deutsche Volk und seine Regierungen zu tun und zu lassen haben. Immer gaffen sie mit dem Blickkompaß „im Ausland". Richtig geführt kann eine Regierung Fehler nicht werden, wenn sie sich frei weiß vom ängstlichen Schielen nach „der Straße", aber nicht nur im innerpolitischen, sondern auch im außenpolitischen Sinne. Wer sich also im bestehenden Wahlgang zu den Parteien der stärkeren Regierungsautorität bekennt, der fördert damit — für durch den Agitationslärm eingeschüchterte Gemüter ist dieser Hinweis vielleicht nicht überflüssig — den Gedanken des Friedens und des Rechtes. Diesem Gedanken sind noch nie verhängnisvollere Schädlinge erwachsen, als es die heutigen Zwieter und Beschönigner fremder Gewalt — wie sie sich auch nennen mögen — sind.

Wie heute die Dinge liegen, ist das Parteiwesen ein notwendiges Uebel. Wohl soll ein jur der Parteiengruppe halten, von der man — wenn sie zur führenden Stellung gelangt sein wird — den schnellsten und vollständigsten Uebergang zum Regierungssystem der Autorität erhoffen darf. Ueber die Einkreidung dieses Systems der Zukunft soll man sich heute nicht zerspalten. Unter jeder Verfassungsform hat es sich als möglich erwiesen, daß Männer von Zuckraft und Kielbewußtheit die Leitung des Staatsganzen in starken Händen hielten. „Männer von Talent sind besonders parlamentarischen Verhältnissen gegenüber immer im Nachteil", bemerkte Bismarck, als er den Sturz seines gehen französischen Kriegsgegners Gambetta erfuhr, „ich habe den König für mich und mache mit gar wenig aus dem Parlament", setzte er hinzu. Immerhin: daß beim Fehlen oder Versagen einer monarchischen Spitze die führende Persönlichkeit sich im Zeichen der Not auch ohne, ja sogar gegen das Parlament am Ruder zu halten vermag, das zeigt das Beispiel Gambettas selbst. Die Stimmung des französischen Volkes in seiner über-

Seine Majestät der Wähler.

Es wird behauptet, daß wir in einer Zeit der Volkssouveränität leben. Die Väter über ihr Herrschermant aus; indem Sie wählen — ihre Staatsoberhäupter oder ihre Parlamente. Es wird in der nächsten Zeit auf diese Erde in sehr ausgedehntem Maße geschehen, in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien, und ganz besonders in Deutschland, wo der Reichstag und eine ganze Reihe von Landesparlamenten, so der preußische und bayerische Landtag und die hamburgische Bürgerschaft, erneuert werden sollen. Sie sollen erneuert, gleichmäßiger zusammengesetzt werden, das ist der Sinn der Wahlhandlung. Daß dieser Zweck erreicht werde, daran zweifelt man jedoch mit Recht. Das Volk ist es jedenfalls nicht, das in Deutschland den Zweck zu Neuwahlen bekundet hätte. Nie haben nämlich das deutsche ebenso wie die anderen Völker es deutlicher gefühlt, als heute, daß ihre Stellung rechte sie nur zu Schattenberichten macht.

Regiert wurde nie von Massen, sondern immer nur von Männern. Parteien haben nur einen Sinn, wenn in ihnen die Kräfte zielbewußt führender Männer bewähren. Daran fehlt es heute nicht nur in Deutschland. Die Folge ist überall jene Parteiverworrenheit und Verkehrung des Meinungsgegners, die das Leiden der uneingeschränkten Reflexität bei der Führerschaft ist.

Der deutsche Wähler hat ein Recht auf schonungslos offene Darstellung dieser Unzulänglichkeiten des parlamentarischen Systems. Denn er hat die Pflicht, aus dem heute nun einmal gegebenen, fehlerhaften Tatbestand das menschenmöglich Beste für das Vaterland herauszuholen zu helfen. Für ein Zuhausesein am Wahltag ist es keine Entschuldigung, daß man sich im Wirrwarr der Parteiprogramme nicht zurecht finde. Denn letzten Endes dreht es sich in Deutschland nur um ein Ziel: die Schaffung einer starken Regierungsautorität.

„Jede Regierung ist besser, als eine in sich zwiespältige und gelähmte", schrieb Bismarck 1862 an den damals opponierenden Kronprinzen Friedrich. Durch das Erfahrungsganzes Lebenswerk zieht sich, in Reden und Briefen vielfach abgewandelt, dieser Grundsatz. Man überschätzt vielleicht heute noch immer die Rechtsicherheit der Zustände, die Bismarck seinerzeit bei seinem Amtsantritt vorfand und die er überwand, mit den heutigen. Das gilt für Preußens gefährlich gebaute innere Lage nicht minder wie für die damalige Reichspolitik. Wenn Bismarck es in seinen „Denkwürdigkeiten und Erinnerungen" bermerkt, daß England in den Krimkrieg unter französischer Mitwirkung nach dem Ausdruck seines ausländischen Ministers „wie ein steuerloses Schiff hineingetrieben war", so weist er damit auf eben diese Hilflosigkeit des demokratisch-parlamentarischen Systems gegenüber entschlossener Kriegstreiberei hin, die man jetzt wieder erlebt hat, als England in den Weltkrieg „hineingeklopert" ist. Mit gutischer Offenheit hat Jswolsky dem Zaren in diese Stunde der heute vorherrschenden Regierungsform, wenn er am 8. September 1912, während er mit Poincaré den großen Einkreisungskrieg vorbereitet, nach Petersburg berichtet: „Die Entscheidung (wird) von den drei starken Persönlichkeiten, die an der Spitze des französischen Kabinetts stehen, getroffen werden: Poincaré, Millerand und Delcassé. Und es ist ein Glück für uns (nämlich die russische Kriegspartei), daß wir es gerade mit diesen Persönlichkeiten zu tun haben."

Nein, das parlamentarische System ist alles andere als ein Hort des Friedens. Im Gegenteil: seine Regierungsform ist gegenüber kriegerischen Umtrieben von Kriegsherren hilflosen, als gerade diese. Das muß der Völkern offen und eindringlich gesagt werden. Daß Demokratie und unbedingte Friedensliebe unlösbar zusammengehören, das ist überhaupt ein ganz unbeweisbarer Aberglaube, der erst neuerdings und ausschließlich dem deutschen Volke gepredigt wird. Pazifismus heißt in Deutschland nicht Friedensliebe, sondern abschreckende Wochenstubenerziehung — Anleitung der fremden Gewalt. Ganz finnigemäß führt dieser falsche Lähmungszustand auch zu einer völligen Verkennung jedes deutschen Lebensrechtes. Die schmarotzenden Mitzuschnitzern des Auslandes werden solchen Leuten zur Rechtfertigung für alles, was das deutsche Volk und seine Regierungen zu tun und zu lassen haben. Immer gaffen sie mit dem Blickkompaß „im Ausland". Richtig geführt kann eine Regierung Fehler nicht werden, wenn sie sich frei weiß vom ängstlichen Schielen nach „der Straße", aber nicht nur im innerpolitischen, sondern auch im außenpolitischen Sinne. Wer sich also im bestehenden Wahlgang zu den Parteien der stärkeren Regierungsautorität bekennt, der fördert damit — für durch den Agitationslärm eingeschüchterte Gemüter ist dieser Hinweis vielleicht nicht überflüssig — den Gedanken des Friedens und des Rechtes. Diesem Gedanken sind noch nie verhängnisvollere Schädlinge erwachsen, als es die heutigen Zwieter und Beschönigner fremder Gewalt — wie sie sich auch nennen mögen — sind.

Wie heute die Dinge liegen, ist das Parteiwesen ein notwendiges Uebel. Wohl soll ein jur der Parteiengruppe halten, von der man — wenn sie zur führenden Stellung